

Bericht aus Berlin

VORSITZ IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUM FALL AMRI

Der Deutsche Bundestag hat den ersten Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode durch Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble eingesetzt und den Innenpolitiker Armin Schuster zum Vorsitzenden des neunköpfigen Gremiums gewählt. Die Umstände des Terroranschlages am 19. Dezember 2016 auf den Berliner Breitscheidplatz durch den Attentäter Anis Amri, dem 12 Menschen zum Opfer fielen und 55 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, sollen im Untersuchungsausschuss umfassend aufgeklärt werden. „Das Ziel ist, im Interesse der Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags und im Interesse der Stärkung der Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, die Frage zu klären, warum die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden nicht oder nur unzureichend funktioniert hat“, erklärte Armin Schuster. Zwar habe der Bund bereits zahlreiche Konsequenzen aus dem Fall Amri gezogen, wie die Verschärfung der Abschiebehaft und die Erweiterung des Ausreisegewahrsams, „es wäre aber fahrlässig, es dabei zu belassen“, so der Ausschussvorsitzende.

In der konstituierenden Sitzung appellierte Schuster an die Vernunft der Mitglieder aller Fraktionen: „Ich glaube, dass man in einem solchen Untersuchungsausschuss durchaus in einem gemeinsamen Geist arbeiten kann.“



Foto: Konstituierung UA/Melde

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Sonntag soll das SPD-Votum zur GroKo veröffentlicht werden. Mögen auch die SPD-Mitglieder erkannt haben, was die Union schon lange weiß: Auf Grundlage des Koalitionsvertrages können wir in den nächsten Jahren viel für die Menschen dieses Landes bewirken: mehr Wirtschaft und Arbeitsplätze, mehr für Familien und Kinder, ein besseres Europa, mehr Bildung, mehr Gesundheit und vor allem mehr Sicherheit! Eine weitere Schleife braucht niemand, wir wollen jetzt endlich richtig loslegen und die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen.

Der Auftakt des Amri-Untersuchungsausschusses diese Woche hat mir Mut gemacht, dass dieses Gremium fraktionsübergreifend und vernünftig an der Aufklärung des Falles arbeiten wird. Ich erwarte wertvolle Hinweise auf Schwachstellen in der föderalen Sicherheitsarchitektur, die es zu beheben gilt. Der Ausschuss wird dabei zu Beginn auch einen Schwerpunkt auf den Austausch mit Opfern und Hinterbliebenen des furchtbaren Anschlags mit 12 Toten und 55 Verletzten legen.

Die AfD hat diese Woche im Parlament mal wieder gezeigt, dass sie zur Problemlösung gar nicht in der Lage ist. Ihre parlamentarischen Initiativen haben zwar ein Problem richtig erkannt: zu hohe Kriminalitätsraten durch Zuwanderer. Aber ihre Antworten sind verfassungswidrig und falsch. Die Union hat in der letzten Wahlperiode hingegen mit verfassungskonformen Gesetzesverschärfungen zur Abschiebung von Straffälligen und Gefährdern wirkliche Lösungen vorgelegt.

Armin Schuster

POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN IN WEIL AM RHEIN

Am Sonntag fand im Museum am Lindenplatz ein politischer Früh-
schoppen mit Armin Schuster MdB (CDU), Stadtrat Eugen Katzen-
stein und Rainer Stickelberger (SPD) statt.

In einer gut besuchten Veranstaltung kam es zu lebhaften Diskus-
sionen über die aktuelle Situation in Berlin. Der Bundestagsabge-
ordnete Armin Schuster berichtete darüber, dass nach harten,
nächtelangen Verhandlungen ein ordentlicher Koalitionsvertrag
erreicht wurde. Aus der Sicht eines Innenpolitikers betonte er,
dass der Koalitionsvertrag im Bereich der inneren Sicherheit die
Handschrift der Union trage.

Zum Schluss gab Schuster den Anwesenden noch etwas zum
Nachdenken mit nach Hause: Oft wird die Kritik geäußert, die Po-
litik reduziere sich auf ein „Weiter-so“. Herr Schuster gab zu be-
denken, ein solches „Weiter-so“ nicht zu stigmatisieren, Deutsch-
land wird für seine Wirtschaftskraft weltweit beneidet. Viele an-
dere Länder, so Schuster, würden sich ein „Weiter-so“ wie in
Deutschland wünschen.



FLÜCHTLINGSHELFER AUS DEM WAHLKREIS IN BERLIN

50 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer aus dem Wahlkreis Lörrach-
Müllheim besuchten Bundestagsabgeordneten Armin Schuster
in Berlin. Im Rahmen einer vom Bundespresseamt durchgeführ-
ten und vom Wahlkreisbüro Schusters begleiteten Bildungs-
reise konnten sie sich vom bundespolitischen Geschehen in Ber-
lin selbst ein Bild machen. Nach verschiedenen Führungen zum
Parlamentsbetrieb brachte Schuster den Besuchern im Frakti-
onsvorstandssaal der CDU/CSU die Arbeit eines Abgeordneten
und die Aufgaben in seinen verschiedenen Ämtern näher. Be-
sonders die Rahmenbedingungen der Flüchtlingspolitik regten
zu interessanten Diskussionen an. Schuster würdigte dabei mit
Nachdruck den Einsatz der Flüchtlingshelfer.



KURZ BERICHTET

CHINA BLEIBT DEUTSCHLANDS WICHTIGSTER HANDELS- PARTNER

Wie bereits 2016 war die Volksrepublik China auch im vergangenen Jahr der wichtigste Han-
delspartner Deutschlands. Der Außenhandels-
umsatz zwischen beiden Ländern, also die
Summe aus Im- und Exporten, belief sich 2017
nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bun-
desamtes auf 186,6 Mrd. Euro. Auf den Plätzen
zwei und drei folgen die Niederlande und die
Vereinigten Staaten mit gehandelten Waren im
Wert von je 177,3 Mrd. und 172,6 Mrd. Euro.
Noch vor zehn Jahren führten Frankreich, die
Niederlande und die Vereinigten Staaten die
Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner
an. Während Frankreich von 1975 bis 2014 stets
wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik
gewesen war, rutschte unser Nachbarland von
Rang zwei 2016 nunmehr auf den vierten Platz.
Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr
2017 in die Vereinigten Staaten. Die meisten
Waren importierte Deutschland wiederum aus
China.

PLENARREDEN VON ARMIN SCHUSTER ZU EINSETZUNG DES AMRI-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES UND ZU AFD-VORLAGEN ZUR GEFAHRENABWEHR

Am Donnerstag hat Armin Schuster zwei Reden
im Plenum des Deutschen Bundestages gehal-
ten. In der ersten Rede hat er sich mit den Zie-
len des neu eingesetzten Untersuchungsaus-
schusses zum Fall Amri beschäftigt, an erster
Stelle die Gesprächsaufnahme mit den Opfern
und Hinterbliebenen sowie die faire Zusam-
menarbeit der Fraktionen. In der zweiten Rede
hat er Gesetzentwurf und Antrag der AfD mit
dem angeblichen Ziel der verbesserten Gefah-
renabwehr bei straffälligen Ausländern als
bloße Scheinlösungen entlarvt. Die Reden kön-
nen Sie in voller Länge [hier](#) anschauen.

TERMINHINWEIS

17. März 2018

IG BOHR-Präsentation Studie „Vmax 250“ zur
Rheintalbahn

11:00 – 13:30 Uhr | Mehrzweckhalle Auggen